



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

7/IX/273 - 2.12.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 890

Zu den Berliner Senatswahlen	S. 1
Der Traum de Gaulles'	S. 3
Aufgabe und Grenze der Exekutive/Tagung in Loccum	S. 5

Berlin muß regiert werden!

Von Prof. Dr. Otto Suhr

Als ich bei der 50-Jahr-Feier der Arbeiterjugend von einem jungen Falken gefragt wurde - das war lange vor meiner Nominierung - was ich tun würde, wenn ich einmal zum regierenden Bürgermeister gewählt werden würde, habe ich aus dem Handgelenk geantwortet: "regieren". Es ist merkwürdig, wie dieses Wort von den Berlinern aufgegriffen und im Wahlkampf immer wieder überall aufgetaucht ist. Es hat offenbar an einen wunden Punkt gerührt und scheint ein Ausdruck dafür zu sein, dass in Berlin bewusst und unbewusst nach Reuters Tod das Fehlen einer Führung und Regierung empfunden wird, während statt dessen ein stärkerer Einfluss des kleinen Bonner Klimas und der Geist einer nach Bonner Direktiven ausgerichteten Verwaltung deutlich spürbar ist.

Damit ist eigentlich gesagt, worauf es bei der Regierungsbildung ankommt, nämlich in den Berlinern wieder die Energien und die Initiative zu wecken, die Berlin groß gemacht haben. Wir sind überzeugt, und das ist keine Überheblichkeit, dass es nicht nur für Berlin notwendig ist, sich im Bundesrat entschiedener durchzusetzen, sondern dass auch die schärfere Berliner Luft in den Bundesgesetzen mehr zur Geltung kommen und die Stimme Berlins wieder in der Welt zu Gehör gebracht werden muß. Es hat sich in den 14 Monaten kleiner Politik des kleinen Senats erwiesen, welche falsche Sparsamkeit es war, gerade den Senator für Bundesangelegenheiten abzubauen, womit vielleicht für Berlin die Absicht verbunden war, den Bonner Einfluss zu stärken.

Es genügt aber keineswegs nur die alten Energien aufzurufen, um

Berlin das Rückgrat zu steifen, sondern sie müssen auch in neue Richtungen gelenkt werden. Die Berliner erwarten, dass die neue Regierung von Berlin einen sozialen Kurs steuert. Der alte Senat hat einen großen Teil seiner Kraft darauf verwandt, das Beamtensrecht in Berlin durchzuführen und die letzten 131er in Stellung zu bringen. Die Berliner erwarten vom neuen Senat, dass er mit derselben Energie für die Opfer des Nationalsozialismus und alle anderen sozialen Opfer sorgt. Die Trümmerfrauen, die in Berlin den Schutt von den Straßen räumen, haben denselben Anspruch auf einen sorgenfreien Lebensabend wie der Stabstrompeter vom Reichsarbeitsdienst. Durch eine Vereinfachung des Apparates und durch die Beschleunigung des Verfahrens muss eine zügige Durchführung der Bauvorhaben gesichert und eine raschere soziale Hilfeleistung gewährleistet sein. Um aber Kraft und Mittel für eine verstärkte soziale Aktivität freizubekommen, ist es notwendig und jetzt auch möglich geworden, die Wirtschaft Berlins auf schnellere Touren zu bringen. Sie muss in den nächsten beiden Jahren den Vorsprung der westdeutschen Industrie wieder einholen. Die Berliner können nicht verstehen, dass ausländische Arbeiter in die Bundesrepublik gerufen werden, solange so viele Arbeiter und Angestellte auf der Straße liegen. Und wenn die private Initiative nicht ausreicht, mehr Aufträge nach Berlin zu leiten, muß die lenkende Hand des Staates eingreifen.

Der kleine Senat wurde nicht müde, die Schulgesetzgebung rückwärts zu revidieren. Die Eltern haben die laufenden Schulexperimente satt, sie wünschen Ruhe für ihre Kinder und neue Schulräume.

Die Parteien des alten Senats haben immer wieder der Sozialdemokratie vorgeworfen, die Entwicklung der Persönlichkeit zu hemmen und die "Vermassung" zu fördern. Die SPD wird diese Parteien mit ihrem Persönlichkeitskult auf die Probe stellen und den neuen Abgeordneten eine Reform des Wahlrechts im Sinne des Mehrheitswahlrechts vorschlagen.

Das sind nur Beispiele für den neuen Kurs des künftigen Senats. Aber die Behebung aller Sorgen ist letztlich abhängig von der künftigen Stellung Berlins und der Ostzone, wenn die Pariser Verträge durchgeführt werden sollten. Die Berliner werden sich niemals mit einem Status quo unter dem Motto der Koexistenz der großen Mächte der Welt abfinden. Die Wiedervereinigung - das ist nicht nur eine Notwendigkeit für Berlin, sondern die Aufgabe, die nun einmal Berlin zugefallen ist -, eine verantwortliche Aufgabe und Mahnung für Deutschland.

De Gaulle und die Sowjetunion

G.S. Paris, Anf. Dez.

Kürzlich erschien in Paris der erste Band der Memoiren des Generals de Gaulle, ein Werk, das meisterhaft geschrieben ist und das die bemerkenswerte Persönlichkeit eines Mannes enthüllt, der in einer geschichtlich entscheidenden Situation auf der Höhe der Ereignisse stand und so zum Führer einer Nation werden konnte. Die Lektüre dieses Werks bestätigt den Eindruck, den man früher bereits hatte: de Gaulle hätte sich nicht in die tagespolitische Arena begeben sollen, wo er mehr ein Spielzeug der Ereignisse als ihr Beherrscher war. Seine "Sammelbewegung des französischen Volkes", eine Mischung aus konservativen, halbfaschistischen Kräften, Ausdruck ein er Revolte des Kleinbürgertums über das "Regime" und Reflex eines rückständigen Bürgertums, ist an seiner Unfähigkeit zugrunde gegangen, in der Tagespolitik realpolitisch zu denken; er wurde ein Opfer jener erstaunlichen Stabilität der französischen Demokratie, die in gefährlichen Lagen immer zu einer letzten, entscheidenden Auffaffung in-stande ist.

Aber de Gaulle hat heute keine innenpolitischen Ambitionen mehr; er weiß, dass keine Neuaufgabe der "Sammelbewegung" in absehbarer Zeit möglich ist. Er ist sich darüber klar, dass die Demokratie, die er "Regime" nennt, in Frankreich viel festere Grundlagen hat, als er annahm. De Gaulle hat heute einen anderen Traum, und er spricht ganz offen davon: er will seine politische Laufbahn, die geschichtlich gesehen groß und tagespolitisch viel unbedeutender war, durch eine große Tat krönen; er will die westliche Welt (und in erster Linie Frankreich) dazu bewegen, mit Moskau in eine Ära der "Koexistenz" einzutreten; er will -er verheimlicht das in keiner Weise - wieder jene französisch-russische Allianz aufleben lassen, deren entschiedener Anhänger er bereits war, als Moskau durch die Tat Hitlers in der Krieg an Seiten der Westmächte hineingerissen wurde.

Er schildert sehr eindeutig in seinen Memoirenwerk, wie er bereits in der Zeit seiner Londoner Emigration versuchte, die "russische Karte" zu spielen, um den "Hegemonieabsichten Englands und der Vereinigten Staaten" entgegenzutreten.

In seinem Gespräch mit Mendès-France war davon und nur davon die

Rede. Er drang in den Ministerpräsidenten, die "russische Karte" zu spielen. Er ersuchte ihn, sich nicht "endgültig" in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung festzulegen und alles zu tun, um mit den Russen zu einem Einvernehmen zu gelangen. Heute ist de Gaulle über Mendès-France enttäuscht: Die Pariser Abkommen bezeichnet er als "Stückwerk" und als Hindernis für jenes Ziel, das ihn vorschwebt: französisch-russische Allianz gegen "deutsche Gefahr". Er hat das sehr eindeutig dem sowjetischen Botschafter in Paris, Winogradow, erklärt, der sich vor einigen Tagen zu ihm nach Colombey-les-deux-Eglises" bemühte, wo der "Einsiedler" in einem abgelegenen Pariser Vorort sein Heim hat.

De Gaulles Haltung sollte nicht zu Mißverständnissen Anlass geben. Er will ein "Gespräch" mit den Sowjets, um durch die Annäherung an Moskau ein neues "Gleichgewicht" zu schaffen und Frankreich wieder - eventuell gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten - eine neue Großmachtstellung zu sichern. Ihm ist es in keiner Weise um die Einheit Deutschlands zu tun, die er im Gegenteil als eine Gefahr für die französischen Ambitionen (wie er sie sieht) betrachtet. De Gaulle hatte gehofft, dass Mendès-France diesen Weg beschreiten würde. Er hatte ihm deshalb Vertrauen entgegengebracht. Es könnte sein, dass Mendès-France in den kommenden Wochen das Vertrauen de Gaulles und einiger gaullistischer Abgeordneter verliert.

Für das "Regime" hat de Gaulle weiterhin Verachtung. Er ist jetzt davon überzeugt, dass auch Mendès-France ein Opfer dieses "Regimes" werden wird. Er weiß heute, dass er dagegen ohnmächtig ist; aber ebenso wie es scheinbar Churchills Traum war, vor seinem Abtreten von der politischen Bühne die "Koexistenz" zu verwirklichen und in die Geschichte als "Mann des Friedens" einzugehen, will de Gaulle - über den Parteien thronend - Frankreich wieder zu seiner Großmachtstellung verhelfen. Von der Unterredung, die der General als Emigrant in London nach dem Überfall Hitlers auf Rußland mit dem damaligen sowjetischen Botschafter in London führte und bis zu seiner Unterredung mit Winogradow führt eine gerade Linie.

"Das Volk ist schuld"

dt - Hannover

"Eine Politik wird nicht so sehr von Regierungen als vom Volk gemacht. Wenn in der Wiedervereinigungsfrage eine gewisse Laxheit herrscht dann ist dies die außenpolitische Wirkung, die vom Volk ausgeht." Diese zwei Sätze sind heraucegriffen aus einem Vortrag, den Dr. W. Schütz, Bonn, in der Evangelischen Akademie Loccum anlässlich einer Tagung über "Aufgabe und Grenze der Exekutive" hielt. Dr. Schütz sprach über das Thema "Warum fällt es den Deutschen so schwer, ein demokratisches Staatsklima zu erzeugen"; dass der Vortrag immer stärker auf das Motiv "gespaltenes Deutschland" zusteuerte, ist kein Zufall, denn Dr. Schütz ist nicht nur Mitarbeiter des Bundesministers Kaiser, sondern auch Autor des kürzlich erschienen Buches "Die Stunde Deutschlands - das sich mit der Wiedervereinigung auseinandersetzt."

Dr. Schütz ist noch nicht allzulange Mitarbeiter von Jakob Kaiser, und man wird, liest man seinen Vortrag genauer, das Gefühl nicht los, dass der Autor das Bedürfnis hatte, sich eine Enttäuschung von der Leber zu reden. So blieb nicht aus, dass Schützens Worte, das Volk sei schuld, auf Widerspruch stiessen.

Dr. Schütz war, ehe er Mitarbeiter von Jakob Kaiser wurde, Korrespondent der "Neuen Zürcher Zeitung" in London, eine Stellung, die ihm viele Türen geöffnet und Einblicke gewährt hatte. Er weiß also, wie Politik "gemacht" wird. Das Volk ist dabei im wesentlichen Statist, es kann bestenfalls alle vier Jahre an der Wahlurne Farbe bekennen und bekommt die "Vollzugsmeldung" in Form meist verklausulierter Kommuniqués serviert, zu denen es sofort fast nur in Leserbriefen an die Zeitungen Stellung nehmen kann. Wenn aber alle vier Jahre der Zeitpunkt der Abrechnung heranrückt, dann wird - das ist zumindest so in der Bundesrepublik - die Qual der Wahl erhöht, indem man weniger von der stagnierenden Wiedervereinigung als vielmehr vom "deutschen Wunder" spricht. Insofern könnte Dr. Schütz mit der "Laxheit" recht haben, aber will er, der Mitarbeiter eines Bundesministers, damit sagen, dass die Wähler, die den CDU-Wahlzettel ankreuzten, falsch gehandelt haben?

Koexistenz und deutsche Spaltung

Denn nicht das Volk hat die Verhandlungen in London und Paris geführt, nicht das Volk hat Politik "gemacht", nicht das Volk hat (außer

durch den Wahlzettel vor eineinviertel Jahren) dazu beigetragen, dass nun das droht, was Dr. Schütz wie ein Menetekel in die Diskussion der Loocumer Akademie warf: die Koexistenz an der Werra-Fulda-Elbe-Linie, die Befriedung der Welt auf dem Rücken des gespaltenen Deutschland. Diese Situation ist die logische Folge der amtlichen Außenpolitik; dass diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dagegen bereits etwas unternommen hätten, ist bis zur Stunde ebensowenig erwiesen wie Schützens Behauptung, die Laxheit könne man den Behörden nicht zum Vorwurf machen. Und wieder wendet sich Schütz, der um diese Zeit noch nicht wußte, dass die SPD eine Große Anfrage in Sachen "Koexistenz" im Bundestag eingebracht hat, an die falsche Adresse: "Es gibt niemanden, der Zeter und Mordio schreit". Er kann sich, in die Enge getrieben, nur mit dem Satz helfen: Man müsse den Beteuerungen (!) des Bundeskanzlers glauben, dass er mit Vorrang die Wiedervereinigung wolle.

Prof. Scheuner, der Staatsrechtler, der seinerzeit am EVG-Gutachten für die Bundesregierung mitgearbeitet hat, ein Mann, an dessen gutem Willen ebenso wenig zu zweifeln ist wie an dem von Schütz, assistierte in Loocum Kaisers Mitarbeiter. "Wir müssen der Welt klar machen, dass die Hoffnung auf den Frieden bei Teilung Deutschlands aussichtslos ist", sagte er. Am wichtigsten scheine das in England zu sein, weil man dort nach der heutigen Situation sich am ehesten auf die Koexistenz an der Fulda-Elbe-Linie einrichten wolle. Das mag richtig sein, aber wie soll "das Volk" in London intervenieren, wenn nicht einmal, wie die Praxis der letzten Jahre gezeigt hat, die deutscher Botschafter in Paris, London oder Washington zu den maßgebenden Stellen finden und immer wieder nur ein Sonderbotschafter, einmal Hallstein, ein andermal Blankenhorn oder Strauss, in der Lage ist, zu sagen, was der Kanzler denkt, vom "Volk" ganz zu schweigen.

Die Beteuerungen des Kanzlers

Dass in der Frage der Wiedervereinigung im Volk keine heilige Flamme zum Himmel lodert (ur bei der bilderreichen "Zeter- und Mordio"-Sprache zu bleiben), ist leider wahr, aber erstens hat das Volk, was nicht zu leugnen ist, im September 1953 dem Kanzler einen Vertrauensvorschuss auch in dieser Frage gegeben, zweitens glaubt es wahrscheinlich wie Schütz den Beteuerungen und drittens sorgen, wenn irgendwo einmal sich ein Flämmchen regt, Injektionen mit dem "Deutschen Wunder" dafür, dass die Flamme nicht lodert. An Aufständen ist die deutsche Geschichte nicht sehr reich; seit 1848 hat es über 100 Jahre gedauert, bis am 17. Juni 1953 das Volk, bzw. ein Teil des Volkes aufgestanden ist. Bei allem Unbehagen, das man aus Dr. Schützens Vortrag liest, kann er doch nicht gemeint haben, dass das Volk gegen die amtliche Wiedervereinigungspolitik aufsteht. Freilich, Jakob Kaisers bekanntgegebenes Veto gegen das Saar-Abkommen lässt in diesem Zusammenhang manchen Schluss offen.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler